V. Wissenschaftspluralismus und die Freiheit zur Parteinahme

1.

Alle gegen den FB 03 vorgebrachten Kritiken betonen stets, daß der gesamte Fachbereich marxistisch bzw. sozialistisch beherrscht sei und jeglichen Wissenschaftspluralismus ermangele. Besonders auffallend ist der inflationäre Gebrauch des Pluralismus-Vorwurfs. Dabei handelt es sich nicht um einen beliebigen Kritik-Topos. Vielmehr finden wir hier einen Begriff vor, der seine starke Konjunktur in einer Phase des rigorosen Abbaus von Freiheitsrechten und von Mitbestimmungspositionen gerade im universitären Bereich erlangt hat. Eine Zurückdrängung der demokratischen Positionen korrespondiert mit dem verstärkten Gebrauch des Pluralismusgedankens. Ebenso wie die Ideologie von der »pluralistischen Gesellschaft« die sozialen und ökonomischen Defizite an Freiheit und Mitbestimmung in unserer Gesellschaft verschleiern soll, *richtet sich die vorgeschobene Forderung nach »Wissenschaftspluralismus« gegen die Freiheit der Wissenschaft.* Denn Wissenschaftspluralismus als Kampfbegriff suggeriert: in der Wissenschaft treten verschiedene Kräfte und Strömungen in Konkurrenz zueinander; diese Strömungen entfalten ein freies Spiel der Kräfte; das Miteinanderringen der verschiedenen Positionen hat einen Kompromiß anzustreben. Freilich — es fragt sich, *auf welcher Grundlage* das alles geschehen soll. Darüber werden keine Aussagen gemacht; hier spekuliert der Kampfbegriff auf unkritisches Denken und das spontane Bedürfnis, der Vielfalt individueller und kollektiver Meinungen Rechnung zu tragen. Die Frage nach der Grundlage dieses Pluralismus zeigt, wie sehr dieses demokratische Bedürfnis mißbraucht wird, geht es doch gerade darum, es zu unterdrücken. Konservative, rechte wie »linke« Kritiker des Fachbereichs sprechen vom Pluralismus und *meinen in Wirklichkeit den Monismus bürgerlicher Methodik, Theorie und Ideologie.* Gegenwärtig wird damit zumeist der Monopolanspruch jener wissenschaftstheoretischen Doktrin formuliert, die geläufig als Positivismus bezeichnet wird. Der Fachbereich hat entsprechende Erfahrungen bereits gemacht. Indem die Pluralismusideologie zugleich den Gedanken der Neutralität in den Vordergrund stellt, bleibt unberücksichtigt, daß sich hinter den sogenannten unparteiischen bzw. neutralen Wissenschaftspositionen klassenspezifische bürgerliche Interessen verbergen. Diese Interessenfixierung wird spätestens dann deutlich, wenn einmal nüchtern beleuchtet wird, was mit den Forschungsergebnissen passiert bzw. wie und in welchem Interesse die Ergebnisse ihre Anwendung und Praxisrelevanz erfahren. Geht man von diesen gesellschaftlichen Zusammenhängen aus, so bedarf es einer neuen Bestimmung von Wissenschaftspluralismus, der dem Kampfbegriff der konservativen Rechten entgegenzustellen ist. Bei dieser Pluralismusbestimmung muß reflektiert auf den zugrunde liegenden Inhalt eingegangen werden, ein Verfahren, das sich von der demagogischen Praxis der Rechten beträchtlich unterscheidet.

2.

Worin liegt der Inhalt des Pluralismus, der die scheinbare Neutralität durchbricht? Ein echter Wissenschaftspluralismus im Sinne einer tatsächlichen Wissenschaftsfreiheit ist nur herstellbar, wenn die Vorherrschaft der prokapitalistischen oder scheinbar neutralen, dem Bestehenden aber implizit verpflichteten Wissenschaftsinhalte gebrochen wird. Dies geschieht dadurch, *daß an den Hochschulen auch die Interessen der Arbeitnehmer bzw. der Lohnabhängigen wissenschaftlich artikuliert werden und diese neuen Inhalte sich in einer ihnen entsprechenden Wissenschaftsorganisation ausprägen.* Ein so verstandener Wissenschaftspluralismus setzt das demokratische Recht und die *Freiheit* voraus, *die wissenschaftliche Tätigkeit an den Interessen der werktätigen Bevölkerung zu orientieren.* Für eine solche Orientierung gibt es mehrere Gründe:

1. Die Geschichte, die Produktions-, Lebens- und Denkweise der werktätigen Bevölkerung sind natürlicher Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, denn die werktätige Bevölkerung ist die Hauptproduktivkraft, d. h. die grundlegendste, wichtigste und umfassendste Kraft im Produktions- und Reproduktionsprozeß unserer Gesellschaft.

2. Es ist die werktätige Bevölkerung, die die entscheidenden gesellschaftlichen Werte schafft.

3. Wissenschaftliche Forschungsresultate und -ergebnisse berühren unmittelbar die Arbeits- und Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. In Gestalt von wissenschaftlichen und technischen Erneuerungen und durch die Tätigkeit wissenschaftlich ausgebildeter Fachleute, Spezialisten, Führungskräfte etc. wird ihre Arbeits- und Lebensexistenz direkt betroffen. Bei der Erarbeitung wissenschaftlichen Wissens und seiner Verwendung müssen ebenso wie bei der Ausbildung wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskräfte daher die Interessen der werktätigen Bevölkerung zentral berücksichtigt werden.

4. Durch das Steueraufkommen der Arbeiter und Angestelltenschaft werden in ganz entscheidendem Maße die Organisationen und Institutionen der Forschung und Lehre finanziert. Eine wissenschaftliche Tätigkeit, die sich dieser gesellschaftlichen Kraft

verpflichtet weiß, anerkennt diese bestimmte materielle Grundlage ihrer Existenz.

5. Die soziale Situation der Mitglieder des Lehr- und Forschungsprozesses hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Sie gehören nun weitgehend selbst der Gruppe der werktätigen Bevölkerung an. Mit der Ausrichtung ihrer Tätigkeit an Arbeitnehmerinteressen stellen sie eine Kongruenz zwischen ihrer eigenen Stellung und der inhaltlichen Arbeit ihres Bereiches her. Die soziale Benachteiligung der Arbeitnehmer an den Hochschulen und die soziale Exklusivität der Wissenschaft, die heute ansatzweise aufgehoben wird, hat früher zumeist mit einer ausschließlichen Ignorierung der Probleme der werktätigen Bevölkerung korrespondiert.

6. Die arbeitende Klasse ist in der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik jene große gesellschaftliche Kraft, die aufgrund ihrer tatsächlichen Stellung innerhalb der Gesellschaft an einer objektiven, die vielfältigen Verhüllungen und Maskierungen unserer Gesellschaft durchschauenden Wissenschaft sozial interessiert ist. Eine Wissenschaft, die dem obersten Ziel wissenschaftlicher Tätigkeit — der Erkenntnis der Wahrheit — näherkommen will, kann deshalb in der Arbeiterschaft einen mächtigen Verbündeten gewinnen. Dabei versteht sich von selbst: Wissenschaftliche Erkenntnisse sind nicht deshalb wahr, weil und insofern sie den Interessen der arbeitenden Klasse dienen, sondern sie dienen diesen Interessen, weil und insofern sie wahr sind.

7. Die Arbeiterschaft ist eine gesellschaftliche Klasse, die an einer grundsätzlichen und ständigen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage interessiert ist und dafür eintritt. Sie ist daher der natürliche Bundesgenosse all jener Wissenschaften, die auf einer unverfälscht geschichtlichen Sicht des gesellschaftlichen Ganzen der bürgerlichen Gesellschaft beharren und die zugleich ihre Tätigkeit nicht als lebensfremde Esoterik, sondern als praktisch »eingreifendes Denken« (B. Brecht) begreifen.

Diese Erwägungen sprechen für eine kognitive, soziale und politische Parteinahme für die Interessen der großen Mehrheit unserer Gesellschaft. Das Spektrum einer solchen Parteinahme ist außerordentlich groß und beinhaltet durchaus unterschiedliche und konträre Positionen. Eine so verstandene *Parteinahme* geht über eine Position der *Parteilichkeit* hinaus. Parteilichkeit impliziert einen Bezug auf die Interessen der Arbeiterklasse mittels des Theorie- und Methodensystems des Marxismus. Dieser Bezug ist direkt und unmittelbar klassenbestimmt. Dagegen deckt die Parteinahme ein wesentlich breiteres Spektrum ab. Sie schließt eine umfangreiche Skala nichtmarxistischer wissenschaftlicher Positionen in sich ein; ihre Orientierung zielt auf die Gruppe der werktätigen Bevölkerung, die quantitativ und klassenmäßig wesentlich weiter gefaßt ist als die Arbeiterklasse. Sie steckt den inhaltlichen Rahmen für eine Bestimmung von Wissenschaftspluralismus ab.

3.

Der *Marxismus* versteht sich als konsequenteste und radikalste Form der Parteinahme, ohne daß er innerhalb des gegebenen Spektrums wissenschaftlicher Parteinahme eine besondere, exklusive Stellung beansprucht. Seine Verankerung an den Hochschulen der Bundesrepublik ist minimal. Geht man — mit einigem Recht! — davon aus, daß die bislang vorherrschenden wissenschaftlichen Methoden und Theorien insgesamt nicht in der Lage waren, die Probleme zu meistern, die sie selbst zum Teil mit hervorgebracht haben, so kann aus ihnen auch nicht schlüssig widerlegt werden, daß in neuen, qualitativ anderen Verfahren, Theorien und Konzeptionen der innerwissenschaftliche Fortschritt mitgestaltet werden kann. Ein »Wissenschaftspluralismus«, der sich bloß auf die Koexistenz und partielle Kooperation von *etablierten* Disziplinen, Verfahren, Hypothesen und Theorien bezieht, bleibt steril und ist unfähig zu dem, was er angeblich gerade garantieren soll: nämlich wissenschaftliche Innovation. Die Wissenschaftsgeschichte demonstriert überzeugend die Stagnation, Sterilität und den häufigen Untergang solcher Wissenschaften, die eine diametrale Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Wissenschaften scheuen. Ihre Bereitschaft, kontroverse Positionen aus dem Wissenschaftsprozeß auszuschalten, wächst meist parallel zu ihrer Unfähigkeit innovativer Problemlösung. Den Marxismus an den Hochschulen der Bundesrepublik nach Jahrzehnten zeitweise fanatischer Verfolgung durchzusetzen, ist nicht nur angesichts der Normalpraxis anderer westeuropäischer Länder notwendig. Es geht auch um die Innovativität wissenschaftlicher Prozesse. Da dies aber gerade im Sinne eines echten Wissenschaftspluralismus durchaus einsichtig erscheint, sind die Gegner des Marxismus so bestrebt, ihm den Status einer Wissenschaft abzusprechen.

4.

Ein Wissenschaftspluralismus im Sinne der Wissenschaftsfreiheit und der Parteinahme für die Interessen der werktätigen, übergroßen Mehrheit der Bevölkerung ist am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Marburger Universität verankert. Der Pluralismus stützt sich auf Verfassungsgarantien im Grundgesetz. Der Gegenverfassungscharakter des Grundgesetzes zum Nationalsozialismus (siehe Art. 139 GG), die Verpflichtung aus dem antimilitaristischen Grundzug zur Friedenspolitik (siehe Art. 24—26 GG) und die Konzeption der antifaschistischen »streitbaren De-

mokratie« (siehe Art. 21 Abs. 2 GG) bestimmen den *Spiel- und Verantwortungsspielraum der Wissenschaftsfreiheit* (siehe Art. 5 Abs. 3 GG). Hieran orientiert sich der Wissenschaftspluralismus, der mit antimilitaristischen, antifaschistischen und antimonopolistischen Bestandteilen des Verfassungsauftrags ernst macht. Diese Orientierung macht deutlich, daß es bei dem Wissenschaftspluralismus im Sinne tatsächlicher Wissenschaftsfreiheit nicht um einen beliebigen, schrankenlosen »Wissenschaftspluralismus« gehen kann und die Freiheit zur wissenschaftlichen Betätigung ihre Grenzen hat. *Der echte Pluralismus beinhaltet keinen Freibrief für militaristische, faschistische und rassistische »wissenschaftliche Theorien«, Ideologien und Praktiken.* Würden diese Bereiche Elemente eines Pluralismus darstellen, so wäre dieser so verstandene »Wissenschaftspluralismus« extrem gegen die Arbeits- und Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung gerichtet. Wie die Erfahrungen der Zeit des Faschismus überzeugend beweisen, hat die Dominanz solcher »Wissenschaften« auf eine bedrückende Weise zur Stagnation, teilweise sogar zur Vernichtung ganzer Wissenschaften geführt. Wer die Berücksichtigung solcher Wissenschaften unter dem Deckmantel freiheitlicher Pluralität fordert, ist ein schlechter Anwalt des Fortschritts der Wissenschaft.

5.

Über den Pluralismus am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften läßt sich sagen, daß er im Sinne des Verfassungsauftrags eine demokratische und fortschrittliche Ausschöpfung der im Grundgesetz festgelegten Wissenschaftsfreiheit gewährleistet. Die Wissenschaftler des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften befassen sich in ihren Publikationen und Lehrveranstaltungen zwar keineswegs ausschließlich, aber doch in besonderem Maße mit den Problemen der arbeitenden Menschen, der Geschichte und Soziologie ihrer Interessenvertretungen sowie mit Problemen der Verwirklichung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wobei geschichtliche und aktuelle Aspekte des Faschismus und Antifaschismus eine besondere Rolle spielen. Ähnlich wie einige wenige andere wissenschaftliche Einrichtungen (z. B. in Bremen oder Oldenburg) hat es der Fachbereich somit allmählich verstanden, seine wissenschaftliche Tätigkeit weder auf die Privatneigungen von Hochschullehrern noch auf die Privatinteressen herrschender ökonomischer und sozialer Machtgruppen, sondern auf die Interessen der großen Mehrheit unserer Gesellschaft zu orientieren. Der Inhalt der am Fachbereich vertretenen wissenschaftlichen Ansätze ist tatsächlich insofern pluralistisch, als die jeweiligen kognitiven, sozialen und politischen Bezüge sich teilweise sogar beträchtlich voneinander unterscheiden. Eine solche Wettbewerbssituation, die marxistische Ansätze, Theorien und Konzeptionen mit einschließt, ist an den meisten zahlreichen anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen westdeutscher Hochschulen sowie an den anderen Fachbereichen der Marburger Universität kaum gegeben. Die Präsenz von Marxisten am Fachbereich ist ein Moment seines Wissenschaftspluralismus und seiner Parteinahme. Dabei kann die Ansicht nicht geteilt werden, nach den Maßstäben eines politischen Proporzes seien wissenschaftliche Positionen zu verteilen, und daher hätten marxistische Positionen angesichts der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland nur eine sehr geringe Existenzberechtigung; auch seien innerhalb einzelner Fachbereiche politische Kompromisse im Sinne einer allgemeinen politischen Ausgewogenheit zu treffen. Eine solche Praxis würde unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung auch gesellschaftswissenschaftlicher Tätigkeit verhindern, daß im Wissenschaftssystem neue Ansätze zum Tragen kommen und Innovationen möglich werden. Eine in den Wissenschaftsprozeß eingreifende Ausprägung wissenschaftlicher Positionen geschieht heutzutage in der Regel nicht mehr durch einzelne Individuen, sondern durch die Bildung wissenschaftlicher Schulen, kohärenter Diskursgemeinschaften und stabiler, arbeitsteiliger Paradigmagruppen. Angesichts des allgemeinen Defizits an kritisch-marxistischer Gesellschaftswissenschaft in der BRD sind die ansatzweise Konzentration marxistischer Wissenschaftler an einzelnen Orten und die Möglichkeit zur Schulenbildung für die Durchsetzung derartiger Positionen unabdingbar. Politisches Proporzdenken wird solchen Erfordernissen moderner Wissenschaftsentwicklung nicht gerecht.

6.

Im Folgenden sollen Materialien und Dokumente zum Fachbereich Gesellschaftswissenschaften vorgestellt werden, die für eine wahrheitsgetreue Einschätzung von Bedeutung sind und die zugleich jene Bedingungen und Faktoren dokumentieren, die das Ziel der politischen Angriffe sind. Dabei handelt es sich um die folgenden vier Aspekte:

1. Am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften existiert ein echter *Wissenschaftspluralismus*, der eine volle Ausschöpfung der Wissenschaftsfreiheit beinhaltet. (Dok. 1, Wissenschaftler des Fachbereichs und ihre Arbeitsgebiete). Berichte der Arbeitsgruppen des Fachbereichs verdeutlichen das Spektrum der wissenschaftlichen Ansätze (Dok. 2, 3, 4, 5) und einige Aspekte der Forschungen, die häufig im Mittelpunkt der Kritik und ungerechtfertigten Denunziation standen.

2. Der Fachbereich bietet ein fortschrittliches *Lehrprogramm* an,

welches ein gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium und eine Reihe fachspezifischer Studiengänge umfaßt; Grundstudium wie Studiengänge werden laufend den sich wandelnden Anforderungen angepaßt und überarbeitet (Dok. 6); diese Diskussion kann freilich hier nicht dokumentiert werden, vollzieht sich jedoch ebenso kontrovers wie öffentlich. Nach dem Verständnis des Fachbereichs — das ihn durchaus wiederum von einer Großzahl anderer bundesdeutscher Fachbereiche unterscheidet — gehört zu einem fortschrittlichen Lehrprogramm die Möglichkeit der Studentenschaft, so weit es die gesetzlichen Regelungen zulassen, auf die Gestaltung der Lehre Einfluß zu nehmen. Diskussionen, Fragen und Auseinandersetzungen in den Veranstaltungen sind selbstverständlich. An anderen Fachbereichen wird derlei Ansinnen nicht selten mit Teilnahmeverbot, Strafanzeigen, Polizeieinsatz oder physischer Gewalt verbunden.

3. Eine *demokratische* Orientierung in Stellungnahmen und Praxis und eine demokratische Organisierung des Lehr- und Wissenschaftsbetriebs sind konstitutive Kennzeichen des Fachbereichs. (Dok. 7) Beispielhaft sind die Solidarität des Fachbereichs mit dem Allgemeinen Studentenausschuß Marburg in der Auseinandersetzung um das »Politische Mandat« im Herbst/Winter 1975/1976 dokumentiert (Dok. 8), dasselbe gilt für das Eintreten des Fachbereichs für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung an der Hochschule. (Dok. 9)

4. Der Fachbereich beinhaltet und erstrebt eine *Orientierung an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung.* Angesichts der allgemeinen und sich neuerdings verschärfenden Angriffe auf die Zusammenarbeit von Arbeitnehmerorganisationen und Hochschulen (Dok. 10, 11) haben der Fachbereich und ein großer Teil seiner Angehörigen in jüngster Zeit versucht, entsprechende Aktivitäten breit zu entwickeln, auch wenn er angesichts sehr schwacher personeller und materieller Voraussetzungen dabei mit großen Problemen zu kämpfen hat. Aufgrund eines Beschlusses vom 28. 1. 1976 über die regelmäßige Durchführung von »Lehrveranstaltungen zu Themen von gewerkschafts- und gesellschaftspolitischem Interesse« (Dok. 12) hat der Fachbereich gemeinsam mit dem DGB-Kreis Marburg/Biedenkopf im Sommer 1976 eine Seminarreihe zum Thema »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung« (Dok. 13), das im Winter wiederholt wurde, und im Winter 1976/77 ein Kooperationsseminar zum Thema »Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland« (Dok. 14) durchgeführt. Probleme einer solchen Zusammenarbeit verdeutlicht das Referat des damaligen Dekans des Fachbereichs Prof. Frank Deppe auf der 14. Kreisdelegiertenversammlung des DGB-Kreises Marburg/Biedenkopf vom Oktober 1976 (Dok. 15). Grundlinien einer über den Fachbereich hinausgehenden Kooperation (an der aber Mitglieder des Fachbereichs und ehemalige Absolventen wesentlich beteiligt sind) dokumentiert das Protokoll der 1. Sitzung des Arbeitskreises Hochschule des DGB, dem die allgemeinen Richtlinien für Arbeitskreise des DGB an Hochschulen vorangestellt sind (Dok. 16, 17). Aus der Arbeit dieser Institution ging die Arbeitstagung »Gesundheit und Arbeitnehmerinteressen« hervor (Dok. 18), die zugleich ohne die Vorbereitungen anderer Mitglieder und Institutionen der Universität nicht denkbar gewesen wäre (Dok. 19). Ein Beispiel für wissenschaftliche Dienstleistungen von Mitgliedern des Fachbereichs ist ergänzend aufgeführt. (Dok. 20) Ebenso hat der Fachbereich mehrfach seine Solidarität für gewerkschaftliche Forderungen und Anliegen gezeigt: anläßlich des Sozialkampfes der Studentenschaft (Dok. 21), bei der Kenntnisnahme eines Aufrufes zum 1. Mai (Dok. 22), bei der Unterstützung der Lohnforderungen der ÖTV (Dok. 23) und bei der Solidarisierung mit den streikenden Druckern im Frühjahr 1976. (Dok. 24) In dieselbe Richtung auf bildungspolitischem Gebiet weist die Grundsatzerklärung des Fachbereichs zum Numerus clausus von 1973. (Dok. 25) Das Thema »Arbeitnehmerinteressen und Wissenschaftsfreiheit« ist Gegenstand eines im Februar 1977 veranstalteten wissenschaftlichen Symposiums. (Dok. 26)

Diese Dokumentation faßt eine Reihe eher spektakulärer oder ungewöhnlicher Fakten zusammen. Unberücksichtigt bleibt die Normalpraxis einer wissenschaftlichen Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit zahlreichen finanziellen, materiellen und sozialen Problemen konfrontiert sieht. In zahlreichen Fragen kann eine kleine wissenschaftliche Institution nur an Folgen und Symptomen kurieren, ohne eine durchgreifende Änderung im Sinne einer innovativen Forschung, eines demokratischen und berufsqualifizierenden Studiums und einer erfolgreichen Ausfüllung verschiedener gesellschaftlicher Funktionen, die heute an die Wissenschaft herangetragen werden, bewirken zu können. In einer Situation wirtschaftlicher Krise und finanzieller Einschränkungen entstehen zahlreiche Probleme: die Bestrebungen des Fachbereichs, durch »Funktionspläne« willkürliche Änderungen im Arbeitsbereich abzuwehren, werden außer Kraft gesetzt, da aufgrund der personellen Politik gegenüber dem Fachbereich eine große Mehrbelastung aufgrund der Personalknappheit entsteht. So werden wichtige Bereiche im Grundstudium, Koordination von Tutorenbetreuung etc. gegenwärtig nebenher von einem wissenschaftlichen Bediensteten, teilweise von nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern betreut; von ordnungsgemäßer Betreuung kann keine Rede mehr sein. Das Prüfungsamt Magister, Promotion, Habilitation ist seit dem Juli 1976 nicht mehr besetzt. Das

für die Betreuung der Studenten wichtige Büro für Studentenangelegenheiten ist seit ca. Mitte 1975 nicht mehr besetzt. Auch andere Funktionen können nicht mehr ausgeübt werden, weil die jeweiligen Fachbereichsmitglieder entlassen wurden oder Berufsverbot erhielten. Die geplante Integration der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter in die Forschungsstruktur und die Versuche, ihnen die Zeit und die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben, sind aufgrund der allgemeinen Überbeanspruchung gescheitert. Daneben existieren zahlreiche Problemfelder anderer Art. Die Angst und Konkurrenz der Studenten, Streß und Versagungsfurcht von Wissenschaftlern, das Fehlen von Interdisziplinarität und wissenschaftlicher Kollektivität im großen Maßstab, die Beanspruchung durch politische Repression und die Versuche, sich ihrer zu erwehren — zahlreiche Studenten des Fachbereichs und einige Angehörige des Personals mußten sich entwürdigenden Anhörungsverfahren unterziehen —: dies alles beschreibt ungelöste Problemfelder. Ebensowenig kann der Prozeß der konfliktreichen Konsensbildung innerhalb des Fachbereichs dargestellt werden. Es sind dies alles psychisch relevante und auch zeitraubende Faktoren, die zu beheben sich diejenigen, die seit Jahren den Fachbereich als Vehikel politischer Selbstprofilierung mißbrauchen, noch nie bemüht haben. Daß ihre Angriffe auf den Fachbereich ihren Grund haben und es nicht der ist, von dem sie laut sprechen, sollte gezeigt werden. Daß Wissenschaft, vor allem Gesellschaftswissenschaft, sich heutzutage nicht jenseits gesellschaftlicher Kämpfe und Konflikte entwickelt, demonstrieren diese Auseinandersetzungen deutlich. Der Fachbereich konnte und kann dabei auf die Unterstützung und Solidarität vieler rechnen, die wir im letzten Teil der Dokumentation ausschnittweise darstellen.

Dokument 1
Die Hochschullehrer des Fachbereichs und ihre Arbeitsgebiete

Abendroth, Wolfgang WP (emeritiert)

Boris, Hans-Dieter S
Arbeitsschwerpunkte:
Soziologie der Entwicklungsländer; Sozialökonomie des Kapitalismus; Gesellschaftsstrukturen Lateinamerikas; Abhängigkeitsbeziehungen zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern und Ländern der Dritten Welt.

Brandt, Reinhard Ph
Arbeitsschwerpunkte:
Philosophiegeschichte: Antike und Aufklärung.

v. Bredow, Frhr., Wilfried WP
Arbeitsschwerpunkte:
Internationale Beziehungen, Friedensforschung/Ost-West-Beziehungen, Strategie.

Deppe, Frank WP
Arbeitsschwerpunkte:
Politische Theorie; Geschichte und Theorie der internationalen Arbeiterbewegung; Westeuropäische Integration; Probleme der Analyse von gesellschaftlichem Bewußtsein.

Foltin, Hans-Friedrich EE
Arbeitsschwerpunkte:
Sozialwissenschaftliche Kulturforschung; Mediensoziologie; Kommunikationsforschung (Inhaltsanalyse, Ideologiekritik).

Fülberth, Georg WP
Arbeitsschwerpunkte:
Geschichte der Arbeiterbewegung; Analyse sozialistischer Länder; Außenpolitik der BRD; Geschichte der Sozialdemokratie.

Gäbe, Lüder Ph

Harrer, Jürgen WP Dozent
Arbeitsschwerpunkte:
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Politische Geschichte; Gesellschaftliches System der BRD; Systemvergleich; Arbeiterparteien in Deutschland nach 1918; Ökonomisches System der BRD.

Heilfurth, Gerhard Kultursoziologie und Ethnosoziologie
Honorarprofessor an der Universität Gießen
Arbeitsschwerpunkte:
Kultursoziologie/Kulturanthropologie; Volksforschung; Sozio-Kulturforschung.

Holz, Hans-Heinz Ph
Arbeitsschwerpunkte:
Ontologische und erkenntnistheoretische Systematik; Geschichte der Philosophie.

Kühnl, Reinhard WP
Arbeitsschwerpunkte:
Politische Theorie; Ideologiekritik; bürgerliche Gesellschaft (besonders Faschismus und BRD).

Langer-El Sayed, Ingrid WP
Arbeitsschwerpunkte:
Politische Analyse bürgerlicher Gesellschaften unter besonderer Berücksichtigung empirisch orientierter Forschung.